



HAMBURGER ZUKUNFTSENTSCHEID

Falsche Versprechung!

Die Klimaziele ruinieren Industrie und Bürger

BSW
Landesverband
Hamburg

BSW
Landesverband
Hamburg

Das BSW ist endlich eine Partei, die die Interessen der Menschen ernst nimmt und spürbare Verbesserungen schaffen will und wird. Als BSW Landesverband Hamburg machen wir uns stark für die Belange und Bedürfnisse der Menschen, die hier leben. Der Hamburger Landesverband ist in sieben Regionalbereiche entsprechend den Bezirken Hamburgs gegliedert.

Du möchtest mitmachen?

Unterstützer und Mitglieder treffen sich regelmäßig persönlich und diskutieren aktuelle regionale und auch die ganz großen Themen. Die Termine findest du auf unserer Website. Komm gern vorbei oder schreib uns eine Mail!

Bezirk Altona

Ina Marie, Anna Katharina
team-altona@hh.bsw-vg.de

Bezirk Bergedorf

Cansu,
team-bergedorf@hh.bsw-vg.de

Bezirk Eimsbüttel

Sabine
team-eimsbuettel@hh.bsw-vg.de

Bezirk Hamburg-Mitte

Malte
team-mitte@hh.bsw-vg.de

Bezirk Hamburg-Nord

Peter
team-nord@hh.bsw-vg.de

Bezirk Harburg

Franziska
team-harburg@hh.bsw-vg.de

Bezirk Wandsbek

Marion, Arne
team-wandsbek@hh.bsw-vg.de

Folge uns!

Instagram: @bsw.hamburg

X: @bswhamburg

Facebook: BSW Hamburg

Jede Spende hilft!

Wenn du das BSW in Hamburg finanziell unterstützen möchtest, nutze bitte folgende Bankverbindung:

BSW Landesverband Hamburg

Hamburger Sparkasse

IBAN: DE60 2005 0550 1507 7816 96

BIC: HASPDEHHXXX

BSW Landesverband Hamburg

Cordesweg 51, 22415 Hamburg

E-Mail: info@hh.bsw-vg.de

hh.bsw-vg.de



Der erfolgreiche Volksentscheid „Zukunftsentscheid Hamburg“ zeigt, wie man mit Geld, irreführender Werbung, Medien und willigen Unterstützern Politik in Hamburg manipulieren kann.

Das Versprechen: Mit dem gewonnenen Volksentscheid wird Hamburgs Klimapolitik sozial, planbar und verantwortungsbewusst

- Hamburg soll schon **bis 2040 CO₂-neutral** werden. Bisher war die Netto-CO₂-Neutralität bis 2045 angestrebt.
- **Jährlich soll das Erreichen der Ziele überprüft werden**, bei Abweichung sind für das folgende Jahr **Sondermaßnahmen** zu treffen.
- Das Erreichen der CO₂-Ziele wird **verpflichtend und einklagbar** – bisher ist es eine Soll-Bestimmung, die Rücksicht auf andere Faktoren erlaubt.
- Die **Sozialverträglichkeit** wird betont: „Die Änderung leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht unangemessen durch klimaschützende Maßnahmen belastet werden.“

Die Realität: Der Hamburger Zukunftsentscheid wird die Stadt dramatisch verändern

Die Umsetzung wird **massive Auswirkungen auf das Wohnen, die Wirtschaft, den Verkehr, das Sozialsystem und auf Eigentums- und Freiheitsrechte** haben.

- Die Ziele sind nur durch **massive Eingriffe in Verkehr, Stadtumbau und Lebensweise** erreichbar – **durch Verbote, Preissteigerungen und Deindustrialisierung**.
- **Verlust von Arbeitsplätzen** durch die Verlagerung CO₂-intensiver Betriebe in Regionen mit geringeren Umweltstandards – die oft dazu führt, dass dort sogar mehr CO₂ ausgestoßen wird.
- Die Umstellung auf klimaneutrale Wohngebäude dürfte erhebliche Kosten verursachen – Schätzungen zufolge **rund 40 Milliarden Euro** für eine Million Wohnungen und Häuser.
- Bei dauerhaft knappen öffentlichen Haushalten werden die Kosten letztlich von **Hausbesitzern** und indirekt von **Mietern** getragen werden müssen. Angesichts fehlender Fachkräfte, knapper Baukapazitäten und steigender Materialkosten erscheint das Ziel derzeit **kaum erreichbar**.

Wie konnte es überhaupt zu so einer unvernünftigen Entscheidung kommen?

In den Wochen vor dem Volksentscheid wurde Hamburg mit Plakaten förmlich zugekleistert. Mit Slogans, wie „Sag Ja zu Hamburg“ und großen Versprechungen wurden die Hamburger **geködert** und auch in den Medien wurde kaum Kritik geäußert. Der eigentlich zu befürwortende demokratische Ansatz von Volksentscheiden ist in diesem Fall durch die Einflussnahme von großen Geldgebern massiv **nach hinten losgegangen**.

Das **Entsetzen** bei Industrievertretern und selbst bei Teilen des Hamburger Senats war nach der Auszählung dementsprechend groß.

Doch zu spät: Der Volksentscheid ist bindend und eine Änderung kann frühestens 2030 erfolgen. Bis dahin bleibt nur, von den Verantwortlichen zu fordern, die zuvor gemachten Versprechungen einzuhalten.

Das BSW hat sich klar festgelegt:

- **für die Ablehnung eines Verbrennerverbotes**
- **gegen eine CO₂-Steuer**
- **gegen Klimazertifikate**
- **gegen Deindustrialisierung**

Bei den erwarteten Auseinandersetzungen stehen wir auf Seite der Hamburger – gegen den Abbau von Sozialleistungen, Verlust von Arbeitsplätzen und dogmatische Energiepolitik.

Denn Hamburg braucht Zukunft!

Wir finden, Entscheidungen sollten niemals ideologisch oder dogmatisch getroffen werden, sondern rational. Deshalb stellen wir Fragen nach den zu erwartenden Folgen und prüfen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen geeignet, verhältnismäßig und im Interesse der Gesellschaft sind.

Wir wollen Entscheidungen nicht denen überlassen, die vielleicht Gutes wollen, aber das Gegenteil bewirken.